

INHALT

1. Staatsanwaltschaft durchsucht Regierungsgebäude und Privatwohnungen der Bildungsministerin
2. Grünen-Vorstoß für A20-Alternative würde 15-20 Jahre Verzögerung bedeuten
3. Streit in Regierungsfractionen um Gottesbezug in der Verfassung
4. Inklusionspapier der Regierung löst keines der aktuellen Probleme
5. CDU: Hervorragende Sachkompetenz beim Genossenschaftsverband
6. Barbara Ostmeier besuchte die Kiel Baltic Hurricanes
7. Freiwilliges Politisches Jahr bei der CDU-Fraktion

29.08.2014

**Staatsanwaltschaft durchsucht Regierungsgebäude und Privatwohnungen der Bildungsministerin
CDU und FDP beantragen Sondersitzung des Landtages**



Oppositionsleiter Johannes Callsen

Der Montag nach den Sommerferien begann mit einem Paukenschlag: Auf richterliche Anordnung wurden Staatskanzlei, Bildungsministerium und Privaträume von Bildungsministerin Waltraud Wende durchsucht. Ermittelt wird wegen des Anfangsverdachts der Bestechung und der Bestechlichkeit sowie des Betruges. Dabei geht es um das von ihr erwirkte Rückkehrrecht als Professorin an die Universität Flensburg.

„Natürlich gilt für die Ministerin wie auch den Kanzler der Universität die

Unschuldsvermutung. Allerdings steht angesichts der Vorwürfe der Bestechung, Bestechlichkeit, und des Betruges völlig außer Frage, dass sie bis zu deren Klärung ihr Amt nicht ausüben kann“, sagte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen.

Wende erklärte umgehend, schon der Anfangsverdacht werde sich als falsch heraus stellen. Ministerpräsident Torsten Albig sagte, nach seiner Bewertung der Akten rechne er mit einer Einstellung des Verfahrens. Später betonte er, selbst im Fall einer Anklage an der Ministerin festhalten zu wollen.

Die Behauptung der Landesregierung, diese habe angesichts der Vorwürfe gegen die Bildungsministerin von Anfang an volle Transparenz walten lassen, wies Callsen als „freche Lüge“ zurück. Akteneinsicht und die Information des Bildungsausschusses habe es nur auf ausdrückliche Anträge der Opposition gegeben. Ministerpräsident Torsten Albig persönlich habe alles versucht, um die Vorwürfe klein zu reden. So hatte dieser der Opposition im Zusammenhang mit den Vorwürfen im Landtag eine Schmutzkampagne vorgeworfen und deren Kritik wörtlich als „Gebell und Gekläff“ bezeichnet.

Am Dienstag beschlossen die Fraktionen von CDU und FDP, eine Sondersitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags für die kommende Woche zu beantragen. Diese wurde zwischenzeitlich für Donnerstag, den 4. September 2014 um 10:00 Uhr angesetzt.

Der Ministerpräsident soll danach über einen Landtagsbeschluss aufgefordert werden, Bildungsministerin Waltraud Wende zu entlassen. Ferner fordern CDU und FDP wegen verschiedener Äußerungen des Ministerpräsidenten im Fall Wende dessen förmliche Missbilligung.

Link zum Antrag:

<http://cdu.ltsh.de/media/missbilligungalbig.pdf>

Grünen-Vorstoß für A20-Alternative würde 15-20 Jahre Verzögerung bedeuten CDU fordert Machtwort des Ministerpräsidenten

Im Mai hatten die Grünen in der Frage der A20 Bewegung angedeutet. In dieser Woche stellten sie ihren „Grünen Weg nach Westen vor“. Im Kern wollen sie einen vorwiegend dreispurigen Ausbau der B206 ab der A7 bis Itzehoe, eine Umgehung von Wrist sowie von Itzehoe und einen Anschluss an die B5 nach Brunsbüttel durchsetzen. Für die dadurch notwendige Elbquerung Brunsbüttel-Cuxhaven gibt es nach Meinung der Grünen zwei Optionen. Eine Fährverbindung oder einen Tunnel. Nach Berechnung der Grünen soll deren Alternative 500 Millionen Euro weniger kosten.

CDU-Landeschef Reimer Böge und Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp von der CDU-Landtagsfraktion forderten Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) auf, jede Verhandlung über die Grünen-Pläne zu verweigern. „Mit diesem vergifteten Angebot wollen die Grünen die westliche Elbquerung beerdigen und die A20 endgültig verhindern“, so Böge in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Böge und Arp warnten vor den wirtschaftlichen Folgen des Grünen Plans: „Die Unternehmen warten händeringend auf den Bau der A 20 mit der westlichen Elbquerung. Eine Absage an das Projekt würde endgültig zur Abwanderung von Arbeitsplätzen führen“, erklärte Arp.

Insbesondere die von den Grünen angeführte Kostenberechnung bezeichnete Arp als völlig aus der Luft gegriffen. So sei auf der geplanten A20-Trasse sowohl die Planung, als auch der

Bodenerwerb weit fortgeschritten. Bei einem Umschwenken auf die "Grüne Trasse" müsste mit beidem neu begonnen werden. Das bisher ausgegebene Geld wäre dann weg. Die neue Planung würde darüber hinaus zu weiteren 15-20 Jahren Bauverzögerung führen. Neben den zusätzlichen Planungskosten müsste auch der Boden neu gekauft werden. Und bei einem mehr als doppelt so langen und völlig neu zu planenden Tunnel lediglich Mehrkosten von 200 Millionen Euro anzusetzen, sei ein Witz. Schließlich stünde die Planung der Querung bei Glückstadt bereits kurz vor dem Abschluss, bei Brunsbüttel müsse völlig neu begonnen werden.

Der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge warnte SPD und SSW davor, auch nur in Verhandlungen über diesen Vorschlag einzutreten. Statt dessen müsse nun mit Hochdruck die Planung westlich der A20 fortgesetzt und dort möglichst bald mit dem Bau begonnen werden. „Wenn die Grünen weiterhin die Verkehrspolitik dieser Regierung bestimmen, dann wird in dieser Legislaturperiode nicht nur kein einziger A20-Kilometer gebaut, sondern das endgültige Aus der A20 und der westlichen Elbquerung besiegelt“. Ministerpräsident Torsten Albig äußerte sich nicht zu dem Vorschlag. Allerdings erklärte Verkehrsminister Reinhard Meyer, dass für die Landesregierung die bestehende Planung mit einem Weiterbau der A20 bis Glückstadt Priorität habe.



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Streit in Regierungsfractionen um Gottesbezug in der Verfassung

CDU: Gottesbezug grenzt Niemanden aus

In der Frage um die Aufnahme eines Gottesbezuges in die Präambel der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung ist in der SPD ein offener Streit ausgebrochen. Schon frühzeitig hatten sich die Spitzen aller Fraktionen im Landtag darauf verständigt, in dieser Frage den Fraktionszwang aufzuheben. Ministerpräsident Torsten Albig stellte sich allerdings unter anderem gemeinsam mit Innenminister Andreas Breitner, Verkehrsminister Reinhard Meyer und Sozialministerin Kristin Alheit an die Spitze einer Initiative für den Gottesbezug innerhalb der SPD. In der Landtagssitzung im Juli hatte Albig es als „unvorstellbar“ bezeichnet, auf einen Gottesbezug zu verzichten. Schon damals hatte es Kritik aus den Reihen von SPD, Grünen und SSW gegeben. In dieser Woche gründete sich eine von deren Jugendorganisationen getragene Initiative gegen den Gottesbezug. Zu den Unterzeichnern gehören acht Landtagsabgeordnete, darunter auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Der kirchenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel

Günther, hat die in der öffentlichen Debatte gefallene Behauptung, ein Gottesbezug grenze nichtgläubige Menschen aus, zurück gewiesen.

„Ein Gottesbezug grenzt Niemandem aus. Die von uns vorgeschlagene und beispielsweise auch von den islamischen Religionsgemeinschaften unterstützte aus dem Grundgesetz übernommene Formulierung tut dies schon gar nicht“, erklärte Günther in Kiel.

Der CDU-Abgeordnete erinnerte daran, dass weit mehr als die Hälfte der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sich zu ihrer Religionszugehörigkeit bekennen. Hinzu kämen diejenigen, die zwar an einen Gott glaubten, jedoch keiner Kirche angehörten. Eine seit mehreren Wochen öffentliche Petitionen gegen den Gottesbezug habe bislang noch nicht einmal 350 Befürworter finden können.

„In unserer Verfassung werden künftig Ziele verankert und Regelungen festgelegt, die deutlich weniger Menschen betreffen werden. Angesichts der großen Mehrheit der gottgläubigen Menschen in Schleswig-Holstein müssen sich deshalb eher die Kritiker eines Gottesbezuges fragen lassen, ob sie jemanden ausgrenzen wollen“, betonte Günther.



Kirchenpolitischer Sprecher Daniel Günther, MdL

Inklusionspapier der Regierung löst keines der aktuellen Probleme CDU-Fraktion wirft Bildungsministerin Arbeitsverweigerung vor

Kurz nach ihrem Regierungsantritt hatte Bildungsministerin Waltraud Wende die Umsetzung der Inklusion – also des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen – zur Priorität erklärt. Zwischenzeitlich hatte sie die Vorlage eines Konzeptes zweimal verschoben – beim zweiten Mal mit der Begründung, dass die Folgen eines Urteils des Landessozialgerichts sowie die Verteilung vom Bund zur Verfügung gestellter zusätzlicher Mittel mit berücksichtigt werden sollten.

In dieser Woche verteilte die Bildungsministerin per Pressemitteilung ein zweiseitiges „Inklusionspapier“, das nun in der Septembersitzung des Landtages beraten werden soll. Dieses wurde den Bildungspolitikern bereits vor der Sommerpause zur Kenntnis gegeben. Genau zu den beiden Punkten, die als Grund für die Verzögerung angegeben wurden, wird darin keine Aussage getroffen.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, warf Bildungsministerin Wende daraufhin Arbeitsverweigerung vor. „Wende legt einen Waschzettel vor, der keins der akuten Probleme an den Schulen löst. Sie trifft keine Aussage zum dringenden Problem der

Finanzierung der Schulbegleitung. Auch die Frage der Stellen für die Inklusion unbedingt notwendiger Sonderpädagogen bleibt ungeklärt. Für das laufende Schuljahr gibt es genau Null“, erklärte Franzen in Kiel.

Die Bildungspolitikerin erinnerte daran, dass die Regierungsfractionen vor der Sommerpause nicht einmal dazu bereit waren, ein – weiter gehendes – Konzept ihrer Fraktion auch nur zu beraten. Die CDU-Abgeordnete zeigte weitere offensichtliche Mängel von Wendes Papier auf.

So wisse noch niemand, was „Schulassistenten“ überhaupt leisten sollten. Die Aufstockung des Schulpsychologischen Dienstes gehe voll zu Lasten der Lehrerstellen. Die Aus- und Fortbildung von Förderlehrkräften wirke erst in mehreren Jahren. Die Finanzierung der Schulsozialarbeit sei darüber hinaus ein alter Hut und gehe ausschließlich auf eine Initiative der Bundesregierung zurück.

Link zur Pressemitteilung von Waltraud Wende:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-08-27_Pressemeldung_4520.pdf

Link zu unserem Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1681.pdf>



Heike Franzen, MdL

CDU: Hervorragende Sachkompetenz beim Genossenschaftsverband Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ auf Sommerbereitung

Im Rahmen seiner Sommerbereitung besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ Anfang August, unter Leitung des Abgeordneten Heiner Rickers, den Genossenschaftsverband in Rendsburg. Auf Einladung des zuständigen Referenten für Milchwirtschaft, Herrn Joachim Burgemeister, und des Abteilungsleiters Herr Thomas Knocks vom Verwaltungssitz des Genossenschaftsverbandes in Hannover informierten sich die Abgeordneten über die Ziele und Aufgaben des Genossenschaftsverbandes.

Der Genossenschaftsverband ist bis auf Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in allen Bundesländern vertreten. Er vertritt rund 2.400 Genossenschaften. Ziel und Zweck der Genossenschaft sind folgende Prinzipien: Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. In Schleswig-Holstein gehören dazu noch neun Meiereien zwischen Langenhorn und Barmstedt. Immerhin werden 94 Prozent der Milch in Schleswig-Holstein genossenschaftlich erzeugt.

Weitere Gesprächsthemen waren die Bereiche: Milchmarkt – Milchquote – Nachfolgequote

sowie die Situation der Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein. Aber auch die Aktuelle Europäische Situation besonders unter dem Eindruck der Krise im Osten der Ukraine war ein Thema. Am Ende des dreistündigen Informationsaustausches waren sich alle Gesprächsteilnehmer sicher, den aufgenommenen Gesprächsfaden im nächsten Jahr wieder aufzugreifen. „Wir sind beeindruckt von der Themenvielfalt und der Sachkompetenz mit der der Genossenschaftsverband die ihm gestellten Aufgaben meistert“, so Heiner Rickers abschließend.



(v.l.) Joachim Burgemeister, Thomas Knocks, Hans Neve, Hauke Göttisch, Heiner Rickers

Barbara Ostmeier besuchte die Kiel Baltic Hurricanes Aushängeschild für das Sportland Schleswig-Holstein



Mario Lembke (Vorsitzender der KBH), Julian Dohrendorf (Deutscher Nationalspieler), Barbara Ostmeier, MdL, Drew Thomas, Gunnar Peter (Geschäftsführer der KBH) und Ratsherr Michael Frey Sr.

Am vergangenen Wochenende besuchte die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, MdL, ein Football-Spiel der Kiel Baltic Hurricanes im Kilia-Stadion. Gegner waren die Rebels aus Berlin, die die Kieler in einem souveränen Spiel mit 40:17 bezwangen.

„Ich war beeindruckt von diesem hoch interessanten Sport. Insbesondere die taktisch-strategische Ausrichtung war faszinierend“, stellte die Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Sport der CDU-Landtagsfraktion nach dem Schlusspfeiff fest.

Ostmeier besuchte auf Einladung des Kieler Ratsherrn Michael Frey Sr. das vorletzte Heimspiel der Kieler Hurricanes. „Mein Mann und ich werden ganz bestimmt noch einmal wieder kommen. Dass die Hurricanes in der höchsten Klasse der German Football League spielen, stellt auch ein Alleinstellungsmerkmal für das Sportland Schleswig-Holstein dar. Und über fünf Tausend Besucher pro Spiel machen deutlich, dass der Rückhalt enorm ist.“

Freiwilliges Politisches Jahr bei der CDU-Fraktion **CDU-Landtagsfraktion verabschiedet sich von Jonas Banik**

Wie schnell ein Jahr vergehen kann wurde in dieser Woche nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Fraktion im Kieler Landtag deutlich. Mit Jonas Banik verabschiedete sich der erste Absolvent eines Freiwilligen Politischen Jahres in den Reihen der CDU-Landtagsfraktion.

Während seiner Zeit im Kieler Landeshaus hat er vor allem die Pressestelle im Bereich Social Media unterstützt. Gerade der Facebook-Auftritt der Fraktion wurde durch sein Engagement vorangetrieben.

Der aus Wolfsburg stammende 20-jährige war gleich nach dem Abitur von Niedersachsen nach Kiel gezogen. Auch wenn er in Zukunft nicht mehr für die CDU-Fraktion arbeitet, wird er dennoch dem Norden erhalten bleiben. Nächste Station seiner beruflichen Laufbahn wird eine Ausbildung zum Speditionskaufmann hier in Schleswig-Holstein sein.

Die Kolleginnen und Kollegen werden ihn vermissen. Die CDU-Landtagsfraktion wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg.



Jonas Banik

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de